

Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur
am Montag, dem 30.01.2017, um 19:30 Uhr im Lindener Ratsstuben, Sitzungssaal

Stadtverordnetenvorsteher	Herr Ralf Burckart	
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Hans Bausch Herr Peter Reinwald Herr Dr. Christof Schütz	
Magistrat	Herr Norbert Arnold Herr Sven Deeg Herr Wolfgang Gath Herr Jörg König Herr Reinhold Krapf	
von der Verwaltung	Herr Frank Hölzel Herr Christian Mai Patrick Retzer	
Ausländerbeiratsvorsitzender	Herr Abraham Abrahamian	
Vorsitzende/r	Frau Dr. Michaela Goll	
Mitglieder	Frau Anneliese Bork Frau Renate Geiselbrechtiger Herr Frank Hille	Vertretung für Tim- Ole Steinberg
	Frau Gisela Koch Frau Gudrun Lang	Vertretung für Anto- nia Kühne
	Frau Franziska Schaffer Herr Lothar Weigel Herr Dr. Heinz-Lothar Worm	Vertretung für Karin Lenz
Protokollführer	Frau Renate Wolf	
Presse	Herr Harold Sekatsch Herr Thomas Wißner	
<u>Abwesend:</u>		
Magistrat	Frau Petra Braun Herr Robert Kreuzinger-Ibe Herr Gerhard Trinklein	
Mitglieder	Frau Antonia Kühne Frau Karin Lenz	

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Resolution zum Ärztlichen Bereitschaftsdienst in der Stadt Linden hier: Sitzungsteilnahme eines Vertreters der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen zum Thema Neuregelung im Ärztlichen Bereitschaftsdienst (ÄBD)
- 3 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2017 (1. Lesung)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 21/16/21 -
- 4 Haushaltssatzung und –plan der Stadt Linden und Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Jahr 2017
Vorlage: /0021/16-21
- 5 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Dr. Goll eröffnet die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Öffentlichkeit und die Presse. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Zu TOP 2 Resolution zum Ärztlichen Bereitschaftsdienst in der Stadt Linden hier: Sitzungsteilnahme eines Vertreters der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen zum Thema Neuregelung im Ärztlichen Bereitschaftsdienst (ÄBD)

Zu diesem Punkt begrüßt die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Goll die beiden Vertreter der KV Hessen, Herrn Dr. Starke und Herrn Hambach sowie Herrn Dr. Magnus.

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Dr. Starke die Änderungen im Ärztlichen Bereitschaftsdienst (ÄBD); die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Bgm. König dankt Herrn Dr. Starke für seinen Vortrag. Zusammenfassend sei jedoch festzustellen, dass diese Änderungen für Linden ganz offensichtlich „ein Wesentliches weniger“ bedeute.

Herr Dr. Starke entgegnet, dass dieses „Weniger“ für den Einzelnen evtl. einen etwas längeren Weg bedeute, grundsätzlich seien aber die Stunden im ÄBD mehr geworden; auch die Verfügbarkeit eines Arztes habe sich erhöht, ebenso die Hausbesuche und die Fahrdienste. Die grundsätzliche Versorgung ist durch die Änderung nicht schlechter geworden.

Bgm. König entgegnet, dass seiner Meinung/Information nach gerade die Stelle in Linden sehr gut ausgelastet gewesen sei. Er fragt nach Vergleichszahlen.

Herr Hambach entgegnet dazu, dass Linden tatsächlich vielfach ausgelastet gewesen war. Es ginge aber darum, die Struktur patientenfreundlicher bzw. wirtschaftlich anzupassen. Wenn man sich dann die Frage stellt, wo eine Zentrale mit Ärzten besetzt dauerhaft vorhanden sein sollte, dann müsse man an die Kliniken gehen und so sei man zum Standort Lich gelangt.

Herr Dr. Schütz bemängelt zunächst die Vorstellung der Änderungen in der vorgetragenen Form; die Folien seien schlichtweg eine Katastrophe gewesen und für Laien vollkommen unverständlich.

Er wolle allerdings auf ganz andere Dinge hinaus. Wenn gesagt wird, dass man zukunftsfähig bleiben müsse und es müssen Regeln geschaffen werden, damit das Land auch die „abgehängten Regionen“ versorgen kann, dann möchte er wissen, wie weit der hohe Vogelsberg bis zum nächsten Sitzdienststandort fahren muss.

Herr Hambach habe gesagt, dass man „gehalten sei...“. Wer sagt bzw. macht dies; wer hält sie? Dies sind Entscheidungen, die politisch getroffen wurden. Es wurde von der Struktur der KV gesprochen; entscheide diese Struktur? Aber man kann ja auch über politische Entscheidungen diskutieren.

Er fragt nach den bisherigen Kosten des ÄBD und wie sich diese künftig darstellen werden. Hier müsse es ja Planungen geben.

Abschließend möchte er wissen, was passiert, wenn Lich um 24 Uhr seinen Sitzdienst schließt.

Zur letzten Frage erklärt Dr. Starke, dass es nicht wirtschaftlich sei, wenn nach 24 Uhr nur noch 3 Patienten kämen und dafür dauernd ein Arzt zur Verfügung stehen müsse. Diese Patienten werden auf alle Fälle im Krankenhaus versorgt.

Die Kosten für den ÄBD seien größer geworden, dafür seien aber auch die Zentralen besser ausgestattet. Durch die Änderungen sollten keine Gelder eingespart werden, sondern die Versorgung als solche sollte sichergestellt werden.

Für bestimmte Personen werde sich die Fahrtzeit auch verlängern, aber man könne nicht dort, wo die Bevölkerung dauerhaft zurückgehe, ständig Ärzte bereitstellen. Ein großes Problem sei auch, dass man ausreichend junge Ärztinnen und Ärzte in diesen Regionen benötige. Die Entwicklung ginge leider dahin, dass sich immer mehr junge Ärzte anstellen lassen.

Zur ersten Frage erklärt er, dass die Präsentation verteilt wird.

Herr Hille findet den von Herrn Dr. Starke genannten Vergleich der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum mit der „Versorgung mit Brötchen“ nicht sehr gut. Die Vertreter der KV wurden eingeladen, da das Parlament eine Resolution verabschiedet hat, um für die Lindener Bürger die Lebensqualität mindestens zu halten, wenn nicht sogar zu verbessern. Diese Veränderungen musste man aus der Presse entnehmen. Er stellt die Frage, warum dies erst im Nachhinein gerechtfertigt werde; hier fehle es an rechtzeitiger Kommunikation. Die KV argumentiere mit wirtschaftlichen Gründen. Für die Bürger aber sei das Gefühl angekommen, dass alles schlechter werde. Laut der vorgetragenen Statistiken wurden die Bezirke erweitert, die Zahl der Ärzte reduziert und es hat den Anschein, dass auf ca. tausend Bürger weniger Ärzte im Bereitschaftsdienst kommen. Hierbei handelt es sich schon nicht mehr um einen gefühlten Rückgang, sondern der ist mit Zahlen belegbar.

Herr Dr. Starke gibt Herrn Hille zur Frage der Kommunikation Recht; hier hätte mehr im Vorfeld geschehen müssen. Dafür entschuldigt er sich, dies wurde so nicht erkannt, aber man könne das Rad nicht zurückdrehen. Allerdings bestreitet er, dass die Versorgung schlechter geworden sei. In den kleinen ÄBD sei nicht immer ein Arzt vorhanden gewesen. Fakt sei aber, dass man allgemein mit der Versorgung mit Ärzten ein Problem habe, insbesondere aber im ländlichen Raum. Immer mehr Ärzte lassen sich lieber in einem Krankenhaus anstellen, als selber eine Praxis aufzumachen.

Die fehlende/mangelnde Kommunikation habe leider dazu geführt, dass die Berichterstattung in den Zeitungen große Wogen geschlagen haben. Aber er habe ja bereits eingangs erwähnt, dass systemische Fehler der KV mitgeteilt werden sollen, damit diese ausgebessert werden können.

Bgm. König erklärt, dass er den Eindruck gewonnen habe, dass Herr Dr. Starke davon ausgehe, dass Linden eine „ausblutende“ Stadt sei. Dem ist aber nicht so – Linden hat über 13 T Einwohner. Es wird gerade ein neues Baugebiet erschlossen, die Bevölkerungszahl steigt also weiter. Und da müsse man es dem Bürger erst einmal erklären können, dass trotz steigender Einwohnerzahl die ärztliche Versorgung zurückgehe.

Herr Dr. Starke ist froh über diese Entwicklung und wenn es sich herausstellt, dass hier nun einiges schief laufe, dann werde man entsprechend reagieren. Allerdings müsse man auch kontrollieren, ob die Lindener Einwohner auch hier zum Arzt gehen.

Frau Lang erklärt, dass die Entscheidung zur Auflösung des ÄBD in Linden willkürlich getroffen wurde, da ja eindeutig gesagt wurde, dass Linden bisher hoch frequentiert wurde. Eine Fahrtzeit von 25 km halte sie für viel zu weit. Bisher wurden alle Aussagen auf wirtschaftlichen Interessen getätigt und nicht zur Verbesserung der Versorgung für die Bevölkerung.

Herr Dr. Starke erklärt, dass er eigentlich gar nicht mehr weiß, was er zu diesen immer wieder genannten Vorwürfen sagen soll. Fakt sei, dass die Änderungen im ÄBD teurer geworden sind. Dieses Geld stammt aus dem Honorar der Ärzte und diese haben das auch so verdient, da sie die Arbeit verrichten. Man müsse aber noch mehr Geld in den ÄBD stecken. Man wolle auch einen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst einrichten. Wenn man die Versorgung enger gestalten wolle, benötige man auch die entsprechenden Ärzte, um die Zentralen des Sitzdienstes zu besetzen.

Herr Dr. Schütz hat sehr wohl die Aussage von Herrn Dr. Starke zur Kenntnis genommen, dass die Attraktivität für niedergelassene Ärzte gesteigert werden muss. Er selber gehöre auch dazu und zahle

schon eine erhebliche Summe für den Bereitschaftsdienst. Nun wurde gesagt, dass er teurer geworden sei. Wer zahlt dieses „Mehr“ an Geld?

In diesem Zusammenhang kann er sich daran erinnern, dass damals die Deutsche Bahn bestimmte Strecken stilllegen wollte und so lange die Bedingungen schlecht gemacht habe, bis keiner mehr mitfahren wollte und dann habe dies als Bestätigung für die Stilllegung genommen. So komme es ihm nun mit dem ÄBD auch vor.

Die von Herrn Dr. Starke genannten Zahlen erscheinen ihm aus einem besonderen Interesse genannt worden zu sein.

Ab welcher Zahl rechne sich für die KV ein Sitzdienst?

Hierzu erklärt Herr Hambach, dass Gießen am Wochenende rund um die Uhr besetzt sei. Der Standort in Lollar war auch nur bis 24 Uhr besetzt und diese Ressource wurde nach Lich verschoben; es wurde also nichts gekürzt.

Herr Dr. Starke erklärt, dass man ganz Hessen im Blick haben und dort die Versorgung sicherstellen müsse. Zahlen müssen dies die Ärzte aus ihrem Honorar.

Herr Dr. Magnus möchte ausdrücklich betonen, dass in Linden bisher ein gut funktionierendes System vorhanden war. Allerdings müsse er auch Herrn Dr. Starke in Schutz nehmen. Die KV ist ein demokratisches System und dort wurde entschieden, dass diese grundsätzlichen Veränderungen des ÄBD vorgenommen werden sollen. Man kann sagen, dass man bisher in Mittelhessen fast eine „Luxusversorgung“ hatte, die nun in der Verallgemeinerung von Regional zu Zentral mit Einbußen zu rechnen hat. Am wichtigsten ist die Frage, wie und wo erreiche ich zu Unzeiten einen Arzt. Herr Dr. Starke hat mehrfach dazu aufgefordert, sich zu melden, wenn Probleme mit systemischen Fehlern auftreten. Die Parlamentarier sind gehalten, dies zu beobachten und ggf. bei den Bürgern nachzufragen und entsprechend zu reagieren, um die geforderte Qualität einzuhalten.

Stadtrat Gath kann aus eigener Erfahrung mit Kontakt zum Notfalldienst sagen, dass er künftig eine Verschlechterung kommen sieht. Er selber hat im Notdienst im Klinikum Gießen sehr lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Hierzu entgegnet Herr Dr. Starke, dass er sich auch an den Hausbesuchsdienst hätte wenden können, der zumindest die Erstversorgung schneller durchgeführt hätte.

Herr Hille fragt nach, welches Controlling-Instrument die KV anwenden würde und zu welchem Zeitpunkt ein Schnitt gemacht würde?

Laut Herr Starke findet monatlich eine Besprechung statt und dann werden sich die Zahlen (Patientenstrom, Anrufe, wie viele Leute wurden versorgt usw.) genauer angesehen.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Goll dankt den Vertretern der KV für ihr Erscheinen und unterbricht dann kurz die Sitzung.

Zu TOP 3 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2017 (1. Lesung) - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 21/16/21 -

Bgm. König erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt eigentlich nicht vom Ausschuss beraten werden muss.

Auch Frau Dr. Goll bestätigt dies; sie habe diesen Punkt nur vorsichtshalber auf der Tagesordnung gelassen.

Zu TOP 4 Haushaltssatzung und –plan der Stadt Linden und Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Jahr 2017 (1. Lesung)

Vorlage: /0021/16-21

Herr Dr. Schütz ist sich nicht sicher, ab welcher Seite der JSSK-Ausschuss beraten soll. Er habe zwar jede Menge Fragen, die aber nicht unbedingt Ausschussrelevant sind (er nennt hierzu ein Beispiel).

Bgm. König erklärt, dass diese Fragen tatsächlich nur im HFA beraten werden müssen.

Herr Hölzel teilt mit, dass der JSSK-Ausschuss in der Vergangenheit auch nicht über die Haushaltsatzung beraten hat.

Somit beginnt die Beratung im JSSK-Ausschuss mit dem Stellenplan.

b) Stellenplan:

Frau Lang stellt folgende Fragen:

1. Auf der Seite Teil II „Beschäftigte außer Erziehungsdienst“ steht hinter den Kitas Obergasse, Regenbogenland und Stadtzentrum ein KW-Vermerk. Sie bittet um eine kurze Erklärung.
2. Im Bereich der Hauptverwaltung/Zentrale Dienste vermisst sie Ausbildungsstellen
3. Warum sind in den Kindergärten Obergasse und Stadtzentrum keine stellv. Leitungen dargestellt – dies war so vorgesehen.

Herr Retzer beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Die KW-Vermerke betreffen die Reinigungskräfte. Wenn die derzeitigen Personen aus dem Dienst ausscheiden, werden diese Arbeiten an Fremdfirmen vergeben.
2. Die Auszubildenden sind auf dem zweiten Blatt dieser Aufstellung dargestellt.
3. Dass die Kitas Obergasse und Regenbogenland keine ständige Vertretung haben, sei eine politische Entscheidung und diese Frage müsse an den Magistrat gestellt werden. Die Kita Stadtzentrum hat eine ständige Vertretung. Aufgrund der höheren durchschnittlichen Kinderzahlen 2017 ist die Leitung in S16 und die Vertretung in S 15 einzustufen.

Herr Dr. Schütz dankt Herrn Retzer für die Ausführungen und gute Überleitung (politische Entscheidung). Er fragt den Bürgermeister, warum man etwas, das gut funktioniert (Reinigung der Kitas), outsourcen muss. Hier gehe es auch um Vernichtung von Arbeitsplätzen. Welche Kosten sollen dadurch eingespart werden und welche Qualität wird gewährleistet?

Es ist für ihn nicht klar, was alles in den 72 T EUR für die Fremdreinigung (HH-Übersicht) enthalten ist. Was müsste man ausgeben, wenn dafür eigenes Personal bezahlt werden würde.

Eine HH-Sanierung sollte nicht mit Einsparungen in diesem Bereich vorgenommen werden.

Laut Bürgermeister König sei man bei Reinigungskräften flexibler, wenn diese Arbeiten outgesourct werden. In der Obergasse werden seit 2 Jahren diese Arbeiten vergeben und dies hat wunderbar funktioniert. Dadurch ist auch ein gewisser Konkurrenzdruck vorhanden; man will schließlich immer den Folgeauftrag erhalten.

Die Kosten wird Herr Hölzel bis zur nächsten Sitzung vorlegen.

Dies habe auch nichts mit HH-Sanierung zu tun. Die Erfahrung habe einfach gezeigt, dass man mit Fremdfirmen besser „gefahren“ sei.

Anmerkung:

Erklärung Herr Hölzel: Seite 63, Konto 6173000, Fremdreinigung:

Für die Reinigung der städtischen Kindergärten wurde im Jahr 2016 rund 54.000 EUR als Fremdleistung verausgabt. Die Entscheidung, ob für eventuell künftig wegfallende Reinigungskräfte (KW-Vermerk) ein Fremdanbieter beauftragt werden soll, obliegt dem Magistrat.

Herr Retzer wird die Personalkosten entsprechend darstellen.

Herr Dr. Schütz erklärt, dass die Jugendpflege mit S11 aufgeplant wurde. Hierzu hätte er gerne eine Stellenbeschreibung.

Dies wird von Herrn Retzer zugesagt.

Seite 5; Nr. I 46-024 Kinderspielplätze

Dr. Schütz erklärt, dass hier in den letzten Jahren eigentlich immer die gleiche Summe eingestellt wurde. Im letzten Sommer wurde eine Begehung durchgeführt und dabei eine sogen. Mängelliste erstellt. Diese Liste würde er gerne dem Magistrat übergeben, um zu prüfen, ob die 30T EUR ausreichend sind.

Bgm. König wird diese Liste gerne in Empfang nehmen. Allerdings stehen noch einige Geräte am Bauhof, die nur noch auf die Aufstellung warten. Von daher könne sich das ein oder andere schon erledigt haben.

Frau Geiselbrechtinger vermisst Angaben zum Spielplatz „In der Imsbach“.

Bgm. König erklärt hierzu, dass dieser Bereich u.a. im Überschwemmungsgebiet liegt und daher noch geprüft werden muss, ob hier überhaupt ein Spielplatz möglich ist.

Seite 6; Nr. I 56-024 Multifunktionstrainingsmaschine

Herr Bausch möchte wissen, was sich dahinter verbirgt.

Laut Herrn Hölzel werden im Herbst alle Abteilungen abgefragt, welche Investitionen anstehen könnten. Diese Abfrage wurde entsprechend gesichtet und in der Klausurtagung des Magistrats besprochen. Danach müssen diverse Geräte im Kraftraum ersetzt werden.

In diesem Zusammenhang fragt Frau Dr. Goll nach dem Neubau einer Sporthalle an der Anne Frank Schule.

Bgm. König erklärt hierzu, dass er in der nächsten Sitzung mehr sagen könne, da morgen ein Gespräch mit den Verantwortlichen stattfindet.

Frau Lang hätte gerne die Hallenbelegungspläne – rückwirkend bis 2010.

Dies wird von Bgm. König zugesagt.

Seite 6; Nr. I 56-025 Defibrillator

Herrn Dr. Schütz erscheint der Ansatz mit 2,5 T EUR überteuert.

Laut Herrn Hölzel wurde dieser Betrag von Hausmeister Bücking genannt.

Seite 54; Nr. 7119000

Frau Lang fragt nach der Reduzierung von 7T EUR auf 3,5T EUR.

Laut Herrn Hölzel wurde dies den tatsächlichen Gegebenheiten von 2016 angepasst.

Seite 61; Nr. 6861000 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit

Frau Lang möchte wissen, warum bei der Jugendpflege keine Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden soll.

Laut Herrn Hölzel wurde auf der Klausurtagung festgelegt, dass dieser Ansatz mit 20T EUR unter dem Sachkonto 6869000 „sonst. Aufwendungen für Repräsentationen“ eingestellt werden soll.

Herr Dr. Schütz möchte wissen, wofür diese Gelder verwendet werden sollen.

Herr Hölzel verweist auf die unten stehenden Erläuterungen zu den Sachkonten hin (Jugendlager Linden, Skifreizeit).

Bgm. König berichtet hierzu, dass in diesem Jahr alle Lindener Partnergemeinden/Partnerstädte am internationalen Jugendlager teilnehmen.

Seite 62; Nr. 5110000 öff. rechtl. Benutzungsgebühren

Herr Dr. Schütz kann sich die Reduzierung des Ansatzes nicht erklären, zumal im vergangenen Jahr die Benutzungsgebühren erhöht wurden.

Herr Hölzel erklärt hierzu, dass er von der zuständigen Sachbearbeiterin eine Aufstellung der Zahlen aus 2016 und 2017 erhalten hat (EKITA-Programm) und daraus ein Mittelwert gebildet hat, der diese Hochrechnung für 2017 ergeben hat.

Demnach sei der Ansatz 2016 nur eine Illusion gewesen, so Herr Dr. Schütz.

Wie Herr Hölzel erklärt, sei die Kindergartenbenutzungsgebührenkalkulation eine heikle und sehr komplizierte Sache und mit dem Kindergartenprogramm stelle sich dies anders dar.

Frau Dr. Goll bittet um Bekanntgabe der Zahlen aus 2016.

Anmerkung:

Erklärung Herr Hölzel: Seite 62, Konto 5110000, Benutzungsgebühren Kindergärten insgesamt: der Ansatz für 2016 betrug 499.000 EUR, tatsächlich wurden nur 386.000 EUR vereinnahmt. Der Ansatz wurde aufgrund fehlender Kalkulation zu hoch veranschlagt. Weiterhin wurden im Frühjahr 2016 Kindergartenbeiträge streikbedingt an die Eltern zurück erstattet.

Seite 62; Nr. 6139000 sonstige weitere Fremdleistungen

Herr Bausch möchte wissen, warum hier eine Erhöhung des Ansatzes gegenüber 2016 vorgenommen wurde.

Laut Herrn Hölzel handelt es sich hierbei um eine Sammelposition aller Kindergärten (Cateringfirma).

Dies werde doch mit dem Verpflegungsgeld (5110100) gegengerechnet, so Herr Bausch.

Dies wird von Herrn Hölzel bestätigt.

Seite 72; Nr. 6051000 Strom und Nr. 6052000 Gas

Herr Dr. Schütz hätte hierzu eigentlich den Energiebericht vorliegen gehabt und bittet um entsprechende Erläuterungen.

Anmerkung:

Erklärung Herr Hölzel: Seite 72, Konten 6051000 (Strom) und 6052000 (Gas) für den Kindergarten Regenbogenland:

Der Gasverbrauch für 2016 liegt bei 2.412 EUR, der Stromverbrauch bei 6.507 EUR (23.700 kWh für 2015 zu 26.100 kWh für 2016).

Seite 102; Nr. 30 Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen

Frau Dr. Goll möchte wissen, was sich dahinter verbirgt und warum in 2017 kein Ansatz mehr vorhanden ist.

Herr Hölzel erklärt, dass angedacht war, die interne Leistungsverrechnung neu aufzustellen. Wenn z.B. der Bauhof Arbeiten in einem Kindergarten erledigt, sollen diese Arbeiten/diese Kosten dem ent-

sprechenden Kindergarten zugeordnet werden. Dadurch verringern sich die Kosten beim Bauhof und werden an anderer Stelle höher.

Seite 102; Nr. 6771000 Aufw. für Sachvers.; Rechtsanw. u. Gerichtskosten

Herr Dr. Schütz kann sich nicht vorstellen, dass die Standsicherheitsprüfungen von Flutlichtmasten 10T EUR kosten sollen.

Laut Herrn Hölzel ist dies wirklich so.

Seite 117; Nr. 11 Personalkosten und Nr. 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Frau Lang hätte gerne nähere Infos zu den jeweiligen Erhöhungen.

Laut Herrn Retzer haben sich die Personalkosten aufgrund der Höhergruppierungen der Bademeister nach Ablegung deren Prüfung ergeben. Außerdem mussten mehrere Personen auf Basis „geringfügig Beschäftigte“ zur Beaufsichtigung des Badebetriebes eingestellt werden.

Herr Hölzel erklärt den Anstieg bei der Instandhaltung damit, dass im vergangenen Jahr ein großer Wasserverlust festgestellt wurde. Daraus haben sich diese Reparaturkosten ergeben.

Zu TOP 5 Verschiedenes

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

.....
Vorsitzende Dr. Michaela Goll

.....
Protokollant Renate Wolf